

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 30 (1940)
Heft: 6

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Kein Land will Weltkriegschauplatz werden

Wir haben in der vergangenen Woche zwei auffällige Erscheinungen zu notieren, die uns beweisen, wie groß die Angst, Schauplatz der neuen Weltkriegsschlachten zu werden, allenthalben sei; wer in Gefahr zu sein scheint, sucht verzweifelt nach Bewahrungsmöglichkeiten ... wen das Feuer schon brennt, späht nach Wegen zur Abkürzung des Leidens.

Die eine Erscheinung, an die wir denken, liegt in den Äußerungen der obersten finnischen Staatslenker ... Äußerungen, aus denen man fortgesetzt Friedensangebote herauslesen kann. Hört man ganz genau hin, so können Warnungen an Stalin aus diesen Reden des Staatspräsidenten Kallio und des Regierungspräsidenten Ryti. Wovor warnt Ryti? Man höre gut zu. „Der finnisch-russische Krieg könnte früher beendet sein als der Weltkrieg. Wenn er aber lange andauern sollte, würde er ein Teil des Weltkrieges werden ...“

Das heißt sehr einfach: Schließt Rußland mit Finnland einen Frieden, der die Rechte der kleinen Republik achtet, dann entgeht es einem Angriff auf seine eisfreie Murmanküste. Es erfolgt keine Landung der Alliierten in Murmansk. Finnland wird garantieren, daß keine wirklichen Angriffe des „internationalen Kapitalismus“ erfolgen.

Dem russischen Volke wird bekanntlich von seiner dirigierten Regierungspresse weisgemacht, Finnland stehe im Solde der britischen und amerikanischen Hochfinanz, die nichts weiter bezwecken, als den „ersten sozialistischen Staat der Welt“ zu vernichten. Die „Weißfinnen“ stellten die erste Abteilung der „Interventionsarmee“ dar. Ein heiliger Krieg des roten Rußland sei im Gange ... ein von Stalin nicht gewollter Verteidigungskrieg. Als Antwort rufen die finnischen Führer von Helsinki hinüber: „Es stimmt nicht! Finnland graut vor der Möglichkeit, Ausgangsland für jenen konterrevolutionären Interventionskrieg zu werden. Finnland möchte das Neß abschütteln, in welches Stalins Ueberfall und die Notwendigkeit, internationale Hilfe anzufordern, es langsam verstricken. Finnland möchte „draus kommen ...“, und wenn Rußland die bösen Vorzeichen versteht, so wird es ebenso versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, solange es noch möglich ist.“

Die erhöhten Anstrengungen der russischen Armeeleitung, besonders auf der karelischen Landenge und auf der Nordseite des Ladogasees Boden zu gewinnen und vielleicht durchzubrechen, sprechen bisher nicht dafür, daß Stalin diese finnischen Warnungen begriffen hätte. Seine Unterschätzung des Gegners scheint einer verbissenen Entschlossenheit zu weichen, und dementsprechend wird nun militärisch „ernsthafter gearbeitet“. Woroschilow, der Kriegsminister, geht selbst an die Front. Die Verfaumnisse der von Korruption zerfressenen Intendantur werden streng geahndet ... es werden einige Schuldige erschossen als Sühne für die Sehtaufende Erfroren. Besser genährte und gekleidete Einheiten erscheinen vor der finnischen Front. Vor allem aber wütet die Luftwaffe läglichen über den finnischen Städten. Wiborg ist ein Trümmerhaufen, Abob desgleichen, zahlreiche kleine Städtchen rauchen ... die Spitzsäler füllen sich mit Verletzten, die Toten mehren sich, der Spott über die Flieger, die nichts treffen, hört auf, wenn man von halben und ganzen Hunderten Getroffener vernimmt; das Wirtschaftsleben leidet von Woche zu Woche mehr. Man überlege: Es fliegen täglich vierhundert oder mehr Flugzeuge über

das kleine Land ... die gezählten Bombenabwürfe machen jede Woche 6000 oder mehr aus; die zerstörten Gebäude zeigen die fortschreitende Ruinierung des Landes an; geht es nochmals zwei Monate so weiter, dann nähert man sich furchtbaren Zuständen.

Die internationale Brigade, die in Finnland ihre Einheiten formt, weist im Einverständnis mit den Finnen die Teilnahme schwedischer Nationalsozialisten ab. Auch dies kann als Mahnung an Stalin gewertet werden, das finnische Volk nicht zu verwechseln mit jenen, die den antibolschewistischen Kreuzzug planen, oder mit den alliierten Generälen, die nach Möglichkeiten suchen, Rußlands Energien irgendwo zu binden und an der Unterstützung des Dritten Reiches zu hindern. „Seht ... wir weisen die ideologischen Gegner Rußlands aus unsern Reihen ...“ (Man kann freilich auch annehmen, die Finnen seien so weit, zwischen „Nationalsozialist“ und „Bolschewist“ keinen Unterschied zu machen und trachteten danach, sich Spione vom Hals zu halten.)

Anders als den Finnen scheint es den Staaten des Balkanbundes gelungen zu sein, die Formel zu finden, die den Einbruch von außen abbremsst. Ihre Anstrengungen sind im Grunde genau die gleichen wie die der Finnen. Das geht vor allem auf Rumänien. König Carol muß es darum zu tun sein, den Deutschen und Russen zu sagen: „Seid so klug und laßt uns in Ruhe! Wir werden an einem Angriff auf euch nicht teilnehmen. Wenn ihr unsere Grenzen achtet, gibt es keine alliierten Angriffsarmeen im Südosten ...“ Zum Beweis für die rumänische Loyalität werden dem Dritten Reich vermehrte Rohstofflieferungen zugestanden ... wir haben das schon festgestellt und in seiner grundlegenden Bedeutung gewürdigt.

Es scheint nun, daß diese rumänische Haltung an der Belgrader Konferenz den Ausschlag gegeben und die Form der gefaßten Beschlüsse entschieden habe. Die vier Staaten verkünden die Erneuerung des Bundes für weitere sieben Jahre, die allseitige Neutralität, die unbedingte Entschlossenheit, nach allen Seiten hin parteilos zu bleiben. Von rumänischen Gebietsabtretungen an Ungarn oder Bulgarien ist nicht die Rede. Der rumänische Außenminister Gafencu soll mit deutschen Garantien gedroht haben für den Fall, daß Türken und Jugoslawen solche Abtretungen verlangen sollten.

In Paris und London registriert man den veränderten rumänischen Kurs mit Unbehagen. Die Kleinen im Südosten sträuben sich, eine deutsche oder russische Invasion durch Hin nahme der britischen wirtschaftlichen Kriegsführung zu provozieren. Gerade dieses Sträuben scheint ihnen das Furchtbare ersparen zu können.

Japan und China in der großen Rechnung.

Frage: Wird England, wenn es sich einmal entschlossen hat, Stalin und Hitler als untrennbar zu betrachten, wenn es die Notwendigkeit, beide zu schlagen, auch in seinen Kriegsmethoden demonstriert, wird dieses entschlossene England versuchen, auch Japan auf Rußland loszulassen? Wird es ihm empfehlen, Wladiwostok zu nehmen, die sibirische Küste zu erobern, in die äußere Mongolei einzufallen?

Wir glauben, daß alle Anzeichen, die auf derartige Pläne Londons gedeutet wurden, trügen. Daß England sich weder

vorstellt, seinen alten Verbündeten, den Mikado, wieder zu gewinnen, noch seine Generale gebrauchen zu können, wie es der alliierten Sache dienen würde. Warum dieser Verzicht auf die anscheinend natürlichste Allianz? Warum dieses Weiterlabieren, dieses „Nichtrechnen mit Tokio“?

Es mag sein, daß man Japan als abgekämpft ansieht und ihm nicht mehr zutraut, den Sprung nach Wladiwostok erfolgreich durchzuführen, und daß man sich deswegen gar nicht scheut, die Tokioter Machthaber vor den Kopf zu stoßen, wie dies in der Asama Maru-Affäre geschah: Man verhaftete auf dem japanischen Schiffe dieses Namens deutsche Passagiere und führte sie trotz der japanischen Proteste als Kriegsgefangene ab; in den nachfolgenden Verhandlungen bestanden die Engländer auf ihren Rechten und setzten praktisch ihren Standpunkt durch ... man könnte sagen, „ohne Kostenfolge“ ... denn Japan veranlaßte seine Schiffskapitäne, auf weitere Beförderung deutscher Passagiere zu verzichten.

Es mag aber auch sein, daß man sich heute einen japanischen Angriff auf Rußland aus einem ganz andern Grunde nicht mehr denken kann: Japan braucht vielleicht Rußland mehr als die andern Mächte, um seine Chinaziele zu erreichen, und wirt daher den Moskauer Herren ernstgemeinte Versicherungen abgeben, sofern auch sie begreifen, was Japan wünscht. In diesem Falle geben die Engländer das Rennen auf und führen ihren Krieg mit eigenen Mitteln auf andern Fronten.

Die neue Regierung in Tokio wurde, frommen Wünschen gemäß, in den westlichen Hauptstädten als Versuch gewertet, sich irgendwie den Demokratien zu nähern. Schon daß neben den vier Militärs sechs „Zivilisten“ als Minister auftraten, schien einen solchen Rückzug anzudeuten. Allein bei näherem Zusehen entdeckte man, daß der Premier Donai nach allen Seiten gut Wetter zu machen wünscht. Erstens verlangt der Moment einen neuen Handelsvertrag mit Amerika ... der alte ist soeben abgelaufen, und wenn kein neuer möglich wird, sind wirtschaftliche Erschütterungen im Inselreich unausweichlich. Zum zweiten braucht man die Wohlgewogenheit der britischen Dominien und Niederländisch-Indiens, um allenfalls einen Teil des Schadens zu decken, den der amerikanische Handelskrieg verursachen wird. Zum dritten muß man versuchen, die Russen von Tschiang-Kai-Schek zu trennen. Zum vierten ist die Verbesserung der Ernährungslage im eigenen Lande nicht mehr zu verzögern. Sorgen, Sorgen und nur Sorgen sind es, die der Herr Donai antritt. Und eben die Einschätzung dieser Umstände läßt vermuten, England gebe auf japanische Freundschaft erst dann wieder mehr, wenn es selbst nach Freunden rennen müsse, oder allenfalls dann, wenn die Japaner von sich aus Stalin angreifen würden. Eine ziemlich abgehackte Entwicklung ...!

Man muß dazu noch Folgendes überlegen: Die ungeheuren amerikanischen Marinereisungen werden als Anzeichen einer unausweichlichen Auseinandersetzung zwischen Japan und USA angesehen. Ob diese Auseinandersetzung bald, das heißt noch während des jetzigen Weltkrieges, losgeht, weiß man nicht, aber sie rückt in den Bereich der Möglichkeit, und das umso rascher, je mehr die Verlängerung der Chinaaffäre Japan schwächt. Ein amerikanisch-japanischer Krieg würde die Fronten des allgemeinen Krieges schließen: Westmächte und USA gegen Deutschland-Rußland-Japan. Gerade unter dieser Perspektive versteht man, warum England keinen besondern Eifer mehr zeigen kann, um Japan zu werben.

Aber wie verhält es sich denn mit den chinesischen Freundschaften? Die Schattenregierung Wang-Tsching-Wei ist in London nicht anerkannt worden. Selbstverständlich nicht. Nun hat aber auch Moskau demonstrativ erklärt, die Tschungkingregierung Tschiangs als chinesische Regierung anerkennen zu wollen. Das heißt also, daß vorderhand die Russen nicht gewillt sind, Tschiang fallen zu lassen. Japan müßte schon andere als die bisherigen Garantien geben, ehe man bereit wäre, den „Wächter im Süden“ preiszugeben, dem man bisher

eine Bewahrung vor dem japanischen Ueberfall verdankte. Sind die Versuche Japans, zwischen „Komintern“ und Rußland genau zu unterscheiden, schon Anzeichen dafür, daß man in Tokio ernster als bisher um Moskau werben will? Man solle den Begriff der Antikomintern nicht so auslegen, daß Rußland damit brüskiert werde; man denke ja auch nicht an Rußland, sondern nur an die destruktiven Einflüsse des Kommunismus, stellte ein japanischer Minister fest. Der Tendenz nach heißt dies ein Angebot, eine Aufforderung an Stalin, die Freundschaft des Mikado gegen die der armen chinesischen Nationalregierung einzutauschen.

Die Lage würde sich klären, wenn Stalin diesem Werben nachgäbe; die Stellung Tschiangs würde sich kaum verschlechtern, auch moralisch nicht, wenn das junge China in die Front der „Antidiktaturen“ einträte und entschlossen auf England und Amerika setzte.

Es ist noch keineswegs so weit, und es kann noch lange bei dieser komplizierten „Schachtelung der Widersprüche“ bleiben. Die gemeinsame Freundschaft des Westens und Stalins für Tschiang datiert aus der Zeit vor dem Hitlerpakt Stalins, ist gleichsam noch ein nachgeschleppter Rest aus jener Zeit, da die „Antikominternmächte“ auf der einen, Rußland und die Demokratien auf der andern Seite zu stehen schienen und wo Tschiang im zweiten, Japan im ersten Lager mitzählten. Ein Bruch Tschiangs mit Moskau würde eine letzte Konsequenz der stalin'schen Schwenkung pro Hitler bedeuten, und die andere Konsequenz wäre das Bündnis Moskaus mit dem Mikado ...

Fonjallaz

Man muß sich vergegenwärtigen, welches die Gründe sein mögen für die lange Geduld, die man Fonjallaz und seinesgleichen gegenüber geübt. Es war das Jahr 1933. Der „Frontenfrühling“ brach mit Macht herein. Große Kreise der Jugend, die von vielen Dingen der Vergangenheit nichts ahnten, jubelten den Namen zu, die draußen in der Welt mit Laten eingriffen und die Epoche der schön gedrechselten Phrasen abzulösen schienen. Wenn bei uns einer aufstehen würde! Man müßte ihm folgen! Weg mit den alten Parteien! Weg mit den „zerfetzenden Linksparteien“ vor allem! Und weg mit Juden und Freimaurern ... mit den Söldlingen internationaler Geheimzirkel, in deren Händen das Geld liegt ... und darum die wirkliche Macht!

Als Fonjallaz seinen helvetischen Faschismus aufzog, galt er gleich als einer der künftigen Führer ... wer der Führer sein würde, das mußte man nicht. Aber Fonjallaz pflegte gute Beziehungen zu jenen, die im Auslande gezeitigt, wie man einen Umbruch durchführe. Warum nicht er?

Da hatten die alten Parteien einen schweren Stand. Und den allerschwersten jene, die nach „links“ zogen. Jene, die in der Vergangenheit mit Moskau geliebäugelt hatten oder ihm gar durch internationale Organisation unterstellt waren. Kommunisten und Sozialdemokraten, in den Augen jener, die nicht lange unterscheiden, der „marginalische Mob“ schlechthin, mußten auf taube Ohren stoßen, wenn sie vor den Erneuerern warnten. Wie, die moskowitzischen Söldlinge wagen es noch, zu warnen? Haben sie nicht 1918 den Generalfreistreit ausgelöst? Waren sie nicht im Begriffe, uns in den russischen Blutsumpf zu führen? Wollten sie nicht, mit den Spartakisten und Bela Kun zusammen, ganz Mittel- und Westeuropa in den Bürgerkrieg stürzen? Gab es nicht einen Moment, wo die Entente mit dem Einmarsch drohte, um bei uns die Revolution zu ersticken?

Wenn die Jungen von Erneuerung sprachen und vor allem die Austilgung jener Parteien verlangten, die „staatsfeindlich eingestellt“ seien, so mußte das Bürgertum mit dem einen Ohr wohlwollend zuhören. Mit dem andern Ohr freilich unmutig. Denn was sie vernehmen mußten über den „Freimaurerfreisinn im jüdischen Solde“, das traf sie selbst, und die Hiebe gegen das „verjudete Rom“ gab den Katholiken zu denken. Allzujugendlich, aller Schlaueit bar, richteten die Jüng-

linge und schon nicht mehr Ganz-Jünglinge ihre Attaten nicht nur gegen den Marxismus, sondern gegen den „ganzen Parteiklüngel“; der Mangel an Erfahrung und Einsicht ließ sie, den ausländischen Vorbildern gleich, alle Begriffe durcheinander rühren und „Bolschewiki und Staatsfeinde“ auch dort sehen, wo sie niemals vorhanden gewesen. Wer war nicht alles „Marxist“ in den Augen dieser von keiner Sachkenntnis getrübbten Gehirne!

Wenn wir zurückshauen, sind wir überzeugt, daß 1933 die „Erneuerungsbewegung“ ganz leichtes Spiel gehabt hätte, falls sie mit schlauer Mäßigung nur auf die marxistischen Parteien gehauen hätte. Es gab damals bei uns bürgerliche Blätter, die mit Wonne den Ausdruck von der „Austrocknung des Sozialismus in Italien“ prägten ... „wie mit einem Löschblatt“, und die vor 33 für Deutschland dasselbe voraussagten. Und die nun bereit waren, für unsere Verhältnisse genau dasselbe als notwendig anzuerkennen. Noch jetzt kann man hören, daß die Ungültigerklärung der sozialdemokratischen und kommunistischen Nationalratsmandate an einem Faden hing.

Es kam damals der Umschwung ... man weiß eigentlich nicht wie. Und zwar ist dieser Umschwung kein einseitiger gewesen. Langsam, aber sicher, rangen sich Gewerkschaften und Sozialdemokraten zur Bejahung der Landesverteidigung durch; dieses „Ja“ bezog sich gewiß zunächst nur auf die Verteidigung gegen den mobilen ausländischen Faschismus, in welchem man den einzig möglichen Angreifer sah. Auf der bürgerlichen Seite sah man, wohin die Vernichtung der Linksparteien anderwärts geführt: Man sah, wie die Vernichtungswelle langsam nach rechts übergriff und zur „Austrocknung“ selbst der allernationalsten Parteiorganisationen zugunsten der totalen Einheitspartei und des totalen Staates führte. Dieser Anschauungsunterricht führte die weit auseinanderstehenden Lager langsam zusammen und warf im Verlaufe von vier Jahren das Steuer der Politik in ungeahntem Maße herum. Die Sozialdemokraten stießen die Kommunisten mehr oder weniger entschlossen ab, und versagten sich jeder Zusammenarbeit mit den moskaulinden Brüdern von vorgestern. Die Bürgerlichen ließen die Fronten ebenso fallen, als die Hoffnung auf ihre Domestizierung sich als eitel erwies. Und schon verließen die und jene Ratten die Schiffe des Extremismus ... links und rechts. Es kamen die Kommunistenverbote in den welschen Kantonen ... von Gewerkschaftsseite teilweise recht gern gesehen. Es kam die Abstoßung Nicoles durch die SP. Es kamen die Austritte verschiedener Offiziere aus den „Fronten“. Es kamen die Affären der „Espa“ und ihrer Chefs. Es kam die Nichtwiederwahl von Altbundesrat Mufy.

Heute ist Fonjallaz, einer der „besten Köpfe“ in den Fronten, als Spion verhaftet. Mit ihm sein Sohn, ferner eine Reihe nicht genannter Personen. Die zwei im Osten verhafteten Leute gehören offenbar in denselben Kreis. Jemand im Welschland wartet einer namens Paul Chour, der Fonjallaz als Landesverräter tituliert hatte, und seinerzeit zwei Monate Zuchthaus dafür abbüßte, auf seine Rehabilitation. Vielleicht hatte Fonjallaz seinen Verrat damals eben „noch nicht begangen“, weil man Verbindungen mit ausländischen Führern nicht als verdächtig ansah. Oder ganz allgemein: Weil zu jener Zeit nicht die Verbindung mit faschistisch-nationalsozialistischen, nur die mit der moskowitzischen Internationale verdächtig war. Und weil noch kein Krieg um unsere Grenzen tobte und die Armee nicht hüten mußte, im Innern nicht und nach außen nicht. Alle Ungebudigen und Unverantwortlichen, die im Innern nicht Anklang finden und Fiasco machen, laufen Gefahr, Verbindungen zu suchen. Das war von jeher so. Fonjallaz ist dieser Gefahr erlegen, wie ihr seit je alle erlagen, die labil und irgendwo im Charakter brüchig waren. Möge unsere Generation aus seinem Falle lernen: Man setze seine Hoffnung auf die Kräfte, die in der eigenen Gemeinschaft wurzeln, nie auf fremde. Und wenn man Fiasco macht, suche man die Ursache in der eigenen Unfähigkeit, die Wirklichkeit zu verstehen!

„Verteilungsschlüssel“

Die kantonalen Finanzdirektoren haben zu den eidgenössischen Finanzierungsplänen Stellung genommen. Sie sind nur bedingt einverstanden mit dem, was der Bund plant. Greifen doch die vorgeesehenen Steuern tief in die Kompetenzen der kantonalen Instanzen ein. Soll doch der Bund überhaupt nur indirekte Steuern erheben dürfen ... die direkten sind der kantonalen Souveränität überlassen und gehören zu einem der wesentlichen Rechte, die den Föderalismus in seinem Bestande sichern. Hat man sich nicht gegen alle Projekte gewehrt, die eine „direkte Bundessteuer“ vorsahen, und haben sich nicht gerade die Sozialdemokraten als Antiföderalisten dokumentiert, weil sie mit derartigen Forderungen aufgetreten?

Als die Finanzdirektoren am 2. Februar in Bern tagten, machten sie zuhanden der Eidgenossenschaft verschiedene wichtige Feststellungen. Einmal mußten sie in Erinnerung rufen, daß die kantonalen Finanzen bereits jetzt, im ersten Halbjahr der Mobilisation, unter Defiziten leiden, die das übliche Maß überschreiten. Mobilisation und Kriegsfürsorge reißen gewaltige Lücken. Und wie den Kantonen, ergeht es den Gemeinden. Man könnte sich in Details einlassen und von den großen Stadtgemeinden, aber auch von Berggemeinden sprechen, die man über den Allgemeinsorgen kaum beachtet ... wir stellen fest, daß ganz bestimmt Alarmrufe ertönen werden.

Die kantonalen Finanzer müssen überdies von Minderen in nahem berichten, von zurückgehenden Steuern und Gebühren, von den verminderten Steuerobjekten, den Motorfahrzeugen. Sie müssen berichten über unbeachtete Kleinigkeiten, wie z. B., daß infolge von Jagdverbieten eben auch keine Jagdgebühren einlaufen, daß Fischerei und Billettsteuerwesen nichts oder weniger abwerfen. Alles summiert sich ... und die Wahrheit liegt am Tage, daß verminderte wirtschaftliche Tätigkeit eben eine Verminderung der öffentlichen Einnahmen bedeutet.

Die Finanzdirektoren machen darum die Eidgenossenschaft darauf aufmerksam, daß sie ihnen die Mittel gewährleisten müsse, die zur Deckung der Mobilisationsdefizite notwendig seien. Sie stellen aber zugleich fest, daß in den bisher bekannt gegebenen Finanzierungsplänen des Bundes diese Forderungen der Kantone nicht erfüllt seien. Es sei aber Aufgabe des Bundes, in diesem Sinne zu handeln, und zwar, weil er so umfänglich in die kantonale Steuerhoheit eingegriffen habe.

Am meisten beschäftigt das Wehropfer die Finanzdirektoren der Kantone, namentlich der steuerkräftigen Kantone mit den großen Städten. Basel bleibt also mit seinen Klagen nicht allein. Auch die Zürcher haben sich gemeldet. Aber auch die Wehrsteuer, Umsatzsteuer und die Ausgleichsteuer auf den Löhnen kommen den Kantonen gar nicht gelegen. Das heißt, sie müssen ihren Anteil daran verlangen.

Die Vorschläge der kantonalen Finanzdirektorenkonferenz an die Eidgenossenschaft laufen auf einen gesetzlichen „Verteilungsschlüssel“ hinaus. Ein „Finanzausgleich“, so sagen sie, müsse kommen, eine systematische Regelung der beidseitigen Anteile. Was der Bünd heute, im Drange der Not, plane, könne nur ein Provisorium sein, nicht mehr. Ein Definitivum, das sich auf die Reihe der Jahre erstreckt, während welcher man die gegenwärtigen Schulden zu tilgen habe, müsse dem Provisorium folgen.

Auch was die Direktoren nun selbst praktisch fordern, hat Provisoriumscharakter, ist aber doch grundlegend gedacht. Der Bund solle den Kantonen 30 % der Wehrsteuer überlassen. Ferner 100 Millionen aus dem Währungs-ausgleichsfonds. Wenn diese beiden Zuwendungen erfolgen, wollen sie mit 10 % des Wehropfer-Ertrages. Wenn aber der Bund den kantonalen Erfordernissen nicht entspreche, so müßten die Kantone „alle Vorbehalte anbringen“.

—an—